

**Antragsbuch
für die KDV der SPD Mitte
am 20. und 21.03.2020**

Inhaltsverzeichnis

bezirksbezogene Anträge		1
A4/I/2020	01/23 Rehberge	
Bahn fahren günstiger machen!		1
.....		
Anträge an den Landesparteitag		2
A1/I/2020	01/01 Rosenthaler Vorstadt	
E-Scooter		2
.....		
A2/I/2020	01/03 Friedrichstadt	
Gebühren für Bewohnerparkausweise angemessen erhöhen		4
.....		
A3/I/2020	01/23 Rehberge	
Zebrastrifen um Bildungseinrichtungen		6
.....		
A5/I/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Einmal im Monat autofreie Kieze		7
.....		
A6/I/2020	01/03 Friedrichstadt	
Zukunftsort Berliner Mitte: lebenswert – klimaresilient – gemeinwohlorientiert – geschichtsbewußt – auto- arm – kulturstark		7
.....		
A7/I/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Verknappung von Wohnraum durch Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum wirksam verhindern!		13
.....		
A8/I/2020	SPDqueer	
Erhalt von Clubkultur und Orten der Vielfalt und Toleranz in der Innenstadt		15
.....		
A9/I/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Für ein Sperrmüllkonzept für Berlin		15
.....		
A10/I/2020	ASF	
Digital Empowerment für geflüchtete Frauen!		16
.....		
A11/I/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Integration von Geflüchteten durch eine bessere Arbeitsvermittlung voranbringen und nachhaltig gestalten!		18
.....		
A12/I/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Umfassende Maßnahmen gegen Muslimfeindlichkeit und die Unterstützung von Betroffenen fördern		19
.....		
A13/I/2020	01/04 Friedrichstadt	
Sichere Entsorgung von Spritzbesteck erleichtern		22
.....		
A14/I/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Cytotec in der Geburtshilfe verbieten		23
.....		

A15/1/2020	01/16 Grünes Dreieck	
Längere Gewährleistung für Produkte – Umwelt- und Verbraucherschutz stärken!		
.....		24
A16/1/2020	01/01 Rosenthaler Vorstadt und 01/23 Rehberge	
Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in Inhalt und Struktur!		
.....		26
A17/1/2020	ASF	
Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in Inhalt und Struktur!		
.....		28
A18/1/2020	01/16 Grünes Dreieck	
ALG II für Alleinerziehende während der Ausbildung		
.....		29

bezirksbezogene Anträge

1 **A4/1/2020**

2 **01/23 Rehberge**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Bahn fahren günstiger machen!**

6 Die SPD Berlin-Mitte richtet eine Projektgruppe „Günstiger
7 Bahnverkehr“ ein, die Maßnahmen entwickeln
8 soll, die geeignet sind um eine weitere Preissenkung
9 von mindestens 10% auf alle Tickets der deutschen Bahn
10 und anderer Anbieter zu bewirken.

11

12

13 **Begründung**

14 Das Klimapakete der Bundesregierung enthielt unter
15 anderem gesetzliche Bestimmungen zur Mehrwert-
16 steuerabsenkung auf Leistungen der deutschen Bahn.
17 Damit wird das Ziel verfolgt den klimaschädlicheren
18 Individualverkehr durch Preisanreize im Massenverkehr
19 zu mindern.

20 Diese Änderung ist zu begrüßen, ist aber nicht hinrei-
21 chend, um den Individualverkehr auf das durch die Kli-
22 maforschung vorgegebene notwendige Maß zu redu-
23 zieren. Deshalb folgen wir mit diesem Antrag dem Prin-
24 zip, dass Parteiforderungen einem Bild von der Zukunft
25 entsprechen müssen, auch wenn in den betreffenden
26 Feldern Schritte in die richtige Richtung gemacht wer-
27 den.

28 Grundsätzlich muss es unter gegenwärtigen Umstän-
29 den auch gegeben sein, dass die Entscheidung, sich kein
30 eigenes Auto zu kaufen zumindest im Bundesgebiet kei-
31 ne finanzielle Benachteiligung bei der Mobilität dar-
32 stellt. Dieser Antrag wäre ein erster Schritt zur Behe-
33 bung dieses bestehenden Mangels.

34 Vor dem Hintergrund der Landflucht, der verschlech-
35 terten Versorgungsinfrastruktur und der Zunahme des
36 Pendelverkehrs zeigen sich weitere Gründe für eine
37 Preissenkung der Bahntickets. Wir wollen, dass die für
38 viele Menschen notwendige Mobilität nicht auch noch
39 finanzielle Belastung ist. Soziale Netze wie Familien,
40 Freundeskreise und Dorfgemeinschaften, die nicht län-
41 ger örtlich gebunden verstanden werden dürfen, sollen
42 durch günstiger überbrückbare Entfernungen gestärkt
43 werden. Wenn auch die ländlichen Gegenden selbst
44 Strukturförderung benötigen, kann aber eine Verbilli-
45 gung der Massenmobilität trotzdem vorhanden Struk-
46 turen einem weiteren Kreis an Profiteuren erschließen.

Anträge an den Landesparteitag

1 **A1/I/2020**

2 **01/01 Rosenthaler Vorstadt**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **E-Scooter**

8 1. Prüfung der Einschränkung von Abstellflächen für ge-
9 werblich vermietete E-Scooter im öffentlichen Raum,
10 insbesondere innerhalb des S-Bahn-Rings durch Aus-
11 weisung von Abstellplätzen, die nicht zu Lasten des
12 Fußgänger- und Fahrradverkehrs gehen.

13 Zum Beispiel an jeder Einmündung bzw. Kreuzung,
14 Bahnhaltestelle und Sehenswürdigkeit Umwidmung
15 von Kfz-Parkplätzen.

16

17 2. Prüfung der Möglichkeit, Anbieter von E-Scooter zu
18 verpflichten, innerhalb ihrer Apps vordefinierte Abstell-
19 bereiche auszuweisen. E-Scooter die außerhalb dieser
20 Bereiche abgestellt werden, gelten nach einer definier-
21 ten Abstellfrist als Verkehrsbehinderung.

22

23 3. Prüfung der Angebots-Nutzer-Relation zwecks Kon-
24 zeptentwicklung zu entsprechender Begrenzung der
25 Verbreitung gewerblich vermieteter E-Scooter auf ein
26 an alle Verkehrsteilnehmer adressiertes Maß.

27

28 4. Prüfung zur Schaffung einer Ermächtigungsgrundla-
29 ge durch den Bundesgesetzgeber für die Erhebung von
30 Nutzungsgebühren für gewerblich in den Straßenver-
31 kehr eingebrachte Elektrokleinstfahrzeuge (E-Tretroller,
32 E-Scooter) durch die Länder.

33

34 **Begründung**

35

36 Mit Zulassung der Elektrostehroller (E-Scooter, Elek-
37 trotretroller) als Elektrokleinstfahrzeuge im Straßenver-
38 kehr drängt sich seit Sommer 2019 eine weitere Nut-
39 zung in den öffentlichen Verkehrsraum, die vorhandene
40 und grundsätzlich begrenzte Verkehrsflächen zusätz-
41 lich mitbenutzt und für die faktisch keine offenkundig
42 klare sowie allseits akzeptierte Abstellfläche vorhanden
43 ist. Zudem zog die Einführung zahlreiche Risiken und
44 Gefahren für Umwelt, Allgemeinheit, Verkehr, soziale
45 Gerechtigkeit und Gesundheit nach sich. Eine Anpas-
46 sung der Regulierung und der Regulierungstechnik zur
47 Vorsorge erscheint momentan maßvoller, als die Ultima
48 Ratio von Städten wie z.B. Montreal, die E-Scooter wie-
49 der komplett verboten haben.

50 Selbst wenn gewerbliche Anbieter dieser Roller keine
51 Mühe scheuen, Nutzende zum best-möglichen Abstel-
52 len zu veranlassen, zeitigt diese Einflussnahme bisher
53 kein zufriedenstellendes Verhalten der Nutzenden. Vor
54 allem Roller, aber auch Mietfahrräder sind häufig un-

1 günstig abgestellt und können eine Gefahr für Ver-
 2 kehrsteilnehmende sein.

3 Des Weiteren führt die überwiegend barrikadenartige
 4 Abstellpraxis der aktuell ca. 16 000 E-Scooter innerhalb
 5 des S-Bahn Rings auf Fußgänger- und Fahrradwegen
 6 z.B. für Sehbehinderte, Rollstuhlfahrer und alte Men-
 7 schen zu Problemen. Dass die Nutzer in der App ein Fo-
 8 to des abgestellten E-Scooters hochladen müssen, hat
 9 daran nichts geändert. Da im privaten Bereich eine GPS-
 10 Genauigkeit von 30 cm möglich ist, sollte die Auswei-
 11 sung von vordefinierten Abstellbereichen kein techni-
 12 sches Problem darstellen.

13 Zur Verbesserung dieser Situation sollten im fußläufig
 14 bequem erreichbaren Wohnumfeld deutlich erkennba-
 15 re Abstellflächen für alle zweirädrigen Verkehrsmittel
 16 geschaffen werden, für die gewerbliche Verleiher mit
 17 ihren Kunden eine dortige Abstellpflicht vereinbaren
 18 könnten.

19

20 Örtlich bieten sich hierfür die Einmündungs- und Kreuz-
 21 zungsbereiche von Straßen an. Diese sind von allen
 22 Verkehrsteilnehmenden für nicht fußläufig erreichba-
 23 re Ziele zu passieren. Hinzu käme die Umgebung von
 24 Bahnhöfen und Sehenswürdigkeiten. Mit einer solchen
 25 Gestaltung würden verlässliche Orte geschaffen, an die
 26 sich Nutzende alsbald gewöhnen werden und den mit-
 27 unter zurückzulegenden Extraweg zum Abstellort hin-
 28 nehmen, wie dies bereits jetzt hinsichtlich des Abstel-
 29 lens von Fahrrädern an Bahnhöfen der Fall ist.

30

31 Sofern nicht anderweitig örtlich genug Platz für eine Ab-
 32 stellfläche vorhanden ist, böte sich eine Umwidmung
 33 der bisher von Kfz genutzten allgemeinen Parkplätze
 34 an, zumindest eine der nächsten Parkflächen ohne Son-
 35 derbelegung an jeder Einmündung/Kreuzung, die jeder
 36 Fußgängerverkehr passiert und so ein breites Angebot
 37 an zweirädrigen Verkehrsmitteln vorfinden kann.

38

39 Die Umwidmung der nächsten allgemeinen Kfz-
 40 Parkflächen an jeder Einmündung und Kreuzung bietet
 41 zudem die Chance, die Sichtverhältnisse für abbiegen-
 42 den Verkehr gegenüber Zweirad- und Fußgängerver-
 43 kehr zu verbessern, denn kreuzungsnah abgestellte
 44 Fahrzeug beeinträchtigen häufig die Sicht auf diesen
 45 Verkehrsteilnehmenden.

46

47 Die Schaffung solcher Abstellflächen sollte zudem den
 48 allseits erstrebten Veränderung der städtischen Mobi-
 49 lität zu weniger Verkehr mit Verbrennungsmotor be-
 50 fördern, wenn dort stets ein zweirädriges Mobilitäts-
 51 angebot zu finden ist. Diese Abstellflächen können be-
 52 stehen bleiben, selbst wenn Elektrostehroller wieder
 53 verschwinden sollten. Jedes andere zweirädrige Mobili-
 54 tätsangebot und auch die Abstellmöglichkeit für private
 55 Fahrräder bliebe möglich.

56 E-Scooter führen zu schweren Verkehrsunfällen. Zu den
 57 häufigsten Unfallursachen gehören laut einer Studie
 58 der Charité „Unachtsamkeit, Verstöße gegen die Ver-
 59 kehrsregeln und Geschäftsbedingungen, aber auch ei-

1 ne eingeschränkte Verkehrstauglichkeit“. So ist zum Bei-
 2 spiel für alle Verkehrsteilnehmer die Fahrtrichtung von
 3 E-Scootern nicht vorhersehbar. Sie verfügen nicht über
 4 Blinker und von Nachrüstungen sehen die Anbieter auf-
 5 grund von Zerstörungsgefahren ab.
 6 *Die Möglichkeit, sich mit E-Scootern in der Stadt zu be-*
 7 *wegen wird nicht von allen als positive Innovation in den*
 8 *Möglichkeiten zur Mobilität in der Stadt gesehen, ist aber*
 9 *eine weitere Variante um sich ohne Kraftfahrzeug in der*
 10 *Stadt zu bewegen. Der Nutzen sollte aber in Relation zu*
 11 *den mit E-Scootern bestehenden Herausforderungen ste-*
 12 *hen.*

13 E-Scooter sind nicht umweltfreundlich. Sie konkurrieren
 14 nachweislich nicht mit Kraftfahrzeugen, sondern mit
 15 dem Laufen auf Fußwegen, konventionellem Radver-
 16 kehr oder der Nutzung des ÖPNV. Im Vergleich zu diesen
 17 Verkehrsmitteln produziert ein E-Scooter pro Kilome-
 18 ter mit 126 Gramm überproportional viel CO₂. Diesel-
 19 Busse (51g/km), E-Bikes (25g/km), konventionelle Fahr-
 20 räder (5g/km) und Fußgänger können eine deutlich bes-
 21 sere Umweltbilanz vorweisen. Einzig Mittelklassewa-
 22 gen (257g/km) schneiden im Vergleich schlechter ab. E-
 23 Scooter verursachen zudem, aufgrund ihrer äußerst be-
 24 grenzten Haltbarkeit, Unmengen an Elektroschrott und
 25 benötigen für Ihre Herstellung ohnehin knappe Res-
 26 sourcen, die in anderen Fahrzeugarten eingebaut län-
 27 gerfristig genutzt werden können.

28 Den Elektroroller-Anbietern (Elektrotretroller, E-
 29 Scooter) steht zudem der mit Steuermitteln ausge-
 30 baute öffentliche Verkehrsraum für ihr gewerbliches
 31 Angebot seit Zulassung kostenlos und unbegrenzt zur
 32 Verfügung (Free-Floating).

33 Es erscheint daher interessengerecht und fair – auch
 34 gegenüber anderer gewerblicher Verkehrsraumnutzer
 35 wie Verkaufsstände, Freisitze von Cafés, Filmaufnah-
 36 men, Umzüge, Märkte, Musizierende im Bahnbereich –
 37 den Kommunen zumindest eine Prüfung zur Gebüh-
 38 renerhebung für die Nutzung öffentlicher Verkehrs-
 39 flächen durch Elektrokleinstfahrzeuge zu ermöglichen.
 40 Die Höhe der Gebühren sollte im definierten Verhält-
 41 nis zum Nutzungsaufkommen und einer Erfüllung des
 42 Allgemeinwohlinteresesses stehen – je nachdem können
 43 Gebühren niedriger ausfallen oder ganz entfallen. Die
 44 Kommune sollte dies steuern können, zumal ihr Zusatz-
 45 kosten durch erhöhten Ordnungsaufwand sowie Besei-
 46 tigung störender Roller entstehen.

47 **A2/1/2020**

48 **01/03 Friedrichstadt**

49 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

50 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

51

52 **Gebühren für Bewohnerparkausweise angemessen er-**
 53 **höhen**

54 Die Gebühr für den Erhalt eines Bewohnerparkauswei-
 55 ses soll deutlich angehoben werden. Wenn die Gebühr
 56 auf einen Betrag von über 25 Euro im Jahr angehoben

1 wird, ist zugleich zu prüfen, inwieweit eine Sozialklausel für Personen mit einem geringen Einkommen eingeführt werden kann, damit diese nicht übermäßig belastet werden. Auch Halter*innen von E-Fahrzeugen sollen weiterhin begünstigt werden.

6

7

8 **Begründung**

9

10 Die Gebühren für Bewohnerparkausweise in Berlin be-
11 laufen sich derzeit auf 20,40 Euro für eine Gültigkeit von
12 zwei Jahren, also 10,20 Euro pro Jahr. Damit befindet
13 sich Berlin am unteren Ende des derzeit noch durch den
14 Bund festgesetzten Gebührenrahmens von 10,20 Euro
15 bis 30,70 Euro pro Jahr (Gebührenordnung für Maßnah-
16 men im Straßenverkehr, Anlage zu § 1, Abschnitt 2, B.,
17 Nr. 265). Diese Gebühren entsprechen in keiner Weise
18 dem Wert, den die durchschnittlich zwölf Quadratme-
19 ter öffentlichen Bodens pro Auto belegen. Im Durch-
20 schnitt parken Autos über 23 Stunden am Tag.

21

22 Der Bundesverkehrsminister hat angekündigt, dass zu-
23 künftig auf die Vorgabe eines Rahmens für die Gebüh-
24 ren verzichtet werden soll. Den so entstehenden Ge-
25 staltungsspielraum für die Kommunen, der in Berlin
26 einheitlich auf Landesebene ausgefüllt wird, sollte die
27 Stadt für eine weitere Überprüfung der Gebührenhö-
28 he nutzen. Aber auch im bestehende Gebührenrahmen
29 sind Anpassungen nach oben vorzunehmen.

30

31 Auch die Rechtsprechung hat stets anerkannt, dass
32 der wirtschaftliche Wert des Ausweises einschließlich
33 der erhöhten Parkchancen bei der Ausgestaltung der
34 Verwaltungsgebühren ebenso wie der Verwaltungsauf-
35 wand berücksichtigt werden kann. Auch der damalige
36 grüne Verkehrsstaatssekretär Kirchner hatte 2017 eine
37 Erhöhung der Gebühren angekündigt. In anderen eu-
38 ropäischen Städten kostet das Parken oft wesentlich
39 mehr. So sind es beispielsweise in Kopenhagen 158 Eu-
40 ro, in Amsterdam 535 Euro und in Stockholm 827 Euro
41 für einen Bewohnerparkausweis im Jahr. Auch Cottbus
42 verlangt knapp 31 Euro im Jahr.

43

44 In Berlin bestehen zahlreiche Flächennutzungskonflik-
45 te, die auch den öffentlichen Straßenraum betref-
46 fen. Insbesondere kollidieren Parkplätze häufig mit der
47 Möglichkeit der Einrichtung von Fahrradwegen oder
48 Busspuren aber auch Abstellmöglichkeiten für Fahr-
49 räder oder für die Außenbewirtschaftung von Cafés
50 und Restaurants. Dabei ist es zur Bekämpfung des Kli-
51 mawandels und zur Ermöglichung einer Verkehrswen-
52 de wichtig, den umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln
53 ausreichend Platz einzuräumen. Gemessen an Grund-
54 stückspreisen in Berlin steht der Parkraum durch die
55 geringe Gebühr für Bewohnerparkausweise zu einem
56 sehr niedrigen Preis zur Verfügung. Zugleich hat der mo-
57 torisierte Individualverkehr einen schädlichen Einfluss
58 auf die Umwelt und das Klima. Insbesondere der Park-
59 suchverkehr führt zu einer erheblichen Störung des Ver-

1 kehrsflusses, zu gefährlichen Situationen für Fahrrad-
2 fahrende und zu einer Verschlechterung der Luftqua-
3 lität. Die Gebührenhöhe ist eine konkrete Steuerungs-
4 möglichkeit, um den gewünschten Effekt des Parkraum-
5 managements zu erhöhen. Langfristig kann so auch die
6 Zahl der Parkplätze zugunsten anderer Nutzungsmög-
7 lichkeiten reduziert werden.
8
9 Um die Elektromobilität in Berlin zu fördern, sollen Hal-
10 ter*innen von E-Fahrzeugen von der erhöhten Gebühr
11 für Bewohnerparkausweise weiterhin ausgenommen
12 werden. Elektromobilität ist ein wichtiger Beitrag für
13 bessere Luftqualität in Berlin. Frei werdende Parkflä-
14 chen können außerdem zur Errichtung weiterer Lade-
15 stationen genutzt werden.
16
17 Mit der Sozialklausel soll verhindert werden, dass zu-
18 künftig Personen mit geringem Einkommen von der
19 Möglichkeit eines eigenen Autos in der Innenstadt kei-
20 nen Gebrauch mehr machen können. Als Einkommens-
21 grenze könnte beispielsweise diejenige für die künftige
22 Grundrente herangezogen werden oder auf den Emp-
23 fang von Transferleistungen abgestellt werden.

24 **A3/1/2020**

25 **01/23 Rehberge**

26 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Zebrastreifen um Bildungseinrichtungen**

30 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Se-
31 nats mögen sich dafür einsetzen, alle Ampelüberwege,
32 die auf direktem Weg zwischen zwei Gebäuden dersel-
33 ben Universität oder derselben Schule, gleich welcher
34 Schulart, liegen, durch Fußgängerüberwege mit Zebra-
35 streifen zu ersetzen, sofern die Gebäude nicht weiter als
36 200 Meter voneinander entfernt sind und sofern dies
37 mit den Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von
38 Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001) vereinbar ist.

39

40

41 **Begründung**

42 Die Zebrastreifen würden erst ein schnelles und si-
43 cheres Vorankommen zwischen den Standorten einer
44 Bildungseinrichtung ermöglichen. Den Angehörigen
45 einer Bildungseinrichtung für die der Ort der Bil-
46 dungseinrichtung ihr tägliches Umfeld ist, sollte im
47 Straßenverkehr Vorzug gegeben werden.

48

49 Das trüge auch zur notwendigen stressfreien und an-
50 genehmen Atmosphäre an Bildungseinrichtungen mit
51 mehreren Gebäuden bei, die derzeit noch durch die Ver-
52 kehrshektik und die Bevorteiligung des Autoverkehrs
53 gestört wird.

1 **A5/1/2020**

2 **01/16 Grünes Dreieck**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Einmal im Monat autofreie Kieze**

8 Wir fordern den Bezirk Mitte auf pro Kiez oder Progno-
9 seraum einen autofreien Sonntag im Monat zu ermög-
10 lichen, damit die Bewohner*innen des Kiezes bzw. Progno-
11 seraums die Möglichkeit haben die Straße für Akti-
12 vitäten für Austauschangebote, wie z.B. gemeinsames
13 Essen, das zelebrieren von öffentlichen Festen, wie z.B.
14 dem Tag des guten Lebens oder Ähnlichem zu ermög-
15 lichen. Autofrei meint dabei, dass die Haupteinfahrts-
16 straßen in den Kiezen gesperrt werden sollen, so dass
17 dort die Veranstaltungen stattfinden können.

18 Kommerzielle Angebote wie Flohmärkte, Food Märkte
19 oder Ähnliches sollen nicht unter das Angebot der auto-
20 freien Sonntage fallen, da diese wiederum durch Lärm
21 und Verschmutzung negative Effekte auf die Bewoh-
22 ner*innen in den Kiezen haben.

23 Wir fordern das Land Berlin auf, sich für autofreie Tage
24 in den Bezirken einzusetzen.

25 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf sich für die Ein-
26 grenzung von Autoverkehr in Wohngebieten einzuset-
27 zen.

28

29

30 **Begründung**

31

32 Am 07. Juni 2020 werden in Berlin mehrere Kieze den
33 „Tag des guten Lebens“ feiern. An diesem Tag soll ver-
34 deutlicht werden, wie viel Lebensraum durch die par-
35 kenden und fahrenden Fahrzeuge den Menschen vor-
36 enthalten wird. Dieser Freiraum wird an dem Tag ge-
37 nutzt und von verschiedenen Gruppen bespielt.

38 Wir finden in Zeiten der gesellschaftlichen Verrohung,
39 ist es ein wichtiger Aspekt die Bewohner*innen zu em-
40 powern, Freiräume in ihren Kiezen zu nutzen und sich
41 im öffentlichen Raum auszutauschen, der dadurch wie-
42 der lebenswerter wird.

43

44 **A6/1/2020**

45 **01/03 Friedrichstadt**

46 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48

49 **Zukunftsort Berliner Mitte: lebenswert – klimaresilient**
50 **– gemeinwohlorientiert – geschichtsbewußt – autoarm**
51 **– kulturstark**

52

53 Die Berliner Mitte ist unter Berücksichtigung der sorg-
54 fältig im Partizipationsprozess „Alte Mitte. neue Liebe“

1 erarbeiteten und vom Abgeordnetenhaus im Jahr 2016
2 beschlossenen „Bürgerleitlinien für die Berliner Mit-
3 te“ behutsam zu reurbanisieren. Hierbei sind die Berei-
4 che Molkenmarkt, Nikolaiviertel, Museumsinsel, Hum-
5 boldtforum, Alt-Cölln, Fischerinsel, Spittelmarkt und
6 Leipziger Straße, Unter den Linden, Spandauer Vorstadt,
7 Alexanderplatz, Karl-Marx-Allee und Nördliche Luisen-
8 stadt konzeptionell einzubeziehen. Das Spreeufer ist,
9 als verbindendes Element der Stadtmitte, in das Kon-
10 zept mit einzubeziehen.

11

12 **Rathaus- und Marx-Engels-Forum: Für den anstehen-**
13 **den Wettbewerb zur Gestaltung von Rathaus- und**
14 **Marx-Engels-Forum sind – aufbauend auf den zehn Bür-**
15 **gerleitlinien – folgende Aspekte zu berücksichtigen:**

16

17 **Verkehr:** Der Autoverkehr ist zugunsten von Fußgän-
18 gern, Radfahrer*innen und dem öffentlichen Nahver-
19 kehr radikal auf ein Minimum zu reduzieren. Die Karl-
20 Liebnecht-Straße wird je Richtung auf Tram und ei-
21 ne überbreite Mischspur für Bus, Taxi und notwen-
22 digen Anliegerverkehr sowie einen Radweg reduziert.
23 Dies macht die Pflanzung von zwei Reihen Straßen-
24 bäumen möglich. Die Spandauer Straße wird eine die
25 beiden Grünflächen verbindende Platzfläche, die die
26 Ausweichstrecke für die neue Tram Richtung Mühlen-
27 damnbrücke aufnimmt. Die reguläre Strecke der Tram
28 wird über die Rathausstraße Richtung Alexanderplatz
29 geführt. Fußgänger*innen sollen Vorfahrt erhalten. Alle
30 öffentlichen Flächen sollen in vorbildlicher Weise bar-
31 rierefrei gestaltet werden.

32

33 **Kultur und Geschichte:** Die vorhandenen Denkmäler
34 (auch Luther-Denkmal, Mendelssohn-Denkmal, die bei-
35 den Arbeiter vis-a-vis zum Rathaus, das Marx-Engels-
36 Denkmal) sollen erhalten bleiben. Der Neptunbrunnen
37 soll an seinem derzeitigen Platze erhalten bleiben. Auf
38 dem Schlossplatz kann über einen Wettbewerb ein neu-
39 er Brunnen geschaffen werden. Zur Erinnerung an das
40 Judenpogrom am 19. Juli 1510, wo unweit der Marienkir-
41 che 38 zuvor überwiegend aus der Mark Brandenburg
42 deportierte Juden öffentlich hingerichtet wurden, soll
43 ein Gedenkort vorgesehen werden.

44

45 **Bebauung:** Westlich der Spandauer Straße kann
46 straßenbegleitend an der Karl-Liebnecht-Straße und
47 der Rathausstraße eine ein- bis zweigeschossige,
48 dem Park dienende Bebauung entwickelt werden.
49 Der Park des Marx-Engels-Forums kann hierdurch ein
50 kontemplativer Ort mit hoher Aufenthaltsqualität
51 werden.

52

53 **Klimaresilienz:** Dem prognostizierten Klimawandel an-
54 gepasst soll ein Bepflanzungskonzept mit viel Verschät-
55 tung und Verdunstungsleistung entwickelt werden. Da-
56 bei werden auch Fassadenbepflanzungen in das Kon-
57 zept aufgenommen. Die Einleitung von Regenwasser
58 in die Kanalisation soll durch ein Verdunstungs- und
59 Versickerungskonzept minimiert werden, das auch bei

- 1 Starkregen eine Rückhaltung ermöglicht. Für die Rück-
 2 seite des Humboldt-Forum ist die Idee des Humboldt-
 3 Dschungel wieder aufzugreifen.
 4
- 5 **Molkenmarkt: Die durch den Bebauungsplan Molken-**
 6 **markt festgelegte Quartiersbildung auf der autobahn-**
 7 **ähnlichen Grunerstraße ist das bedeutendste Reurba-**
 8 **nisierungsprojekt Berlins, dessen Umsetzung nun an-**
 9 **steht.**
 10
- 11 **Verkehr:** Der Straßenzug Mühlendammbrücke – Müh-
 12 lendamm – neue Grunerstraße ist gegenüber der ak-
 13 tuellen Planung um eine Fahrspur auf zwei Spuren je
 14 Richtung zu verringern, auf denen auch die neue Tram
 15 fahren wird. Dies erlaubt breitere Bürgersteige und eine
 16 großzügigere Führung von Fahrradspuren. Im landesei-
 17 genen Parkhaus an der Rathauspassage soll ein Mobili-
 18 tätshub für Fahrräder und Carsharing eingerichtet wer-
 19 den.
 20
- 21 **Mühlendammbrücke:** Der anstehende Wettbewerb für
 22 den Neubau der Mühlendammbrücke ist ebenfalls mit
 23 einer Fahrspur je Richtung weniger vorzusehen. Statt ei-
 24 ner Autobahnbrücke soll eine „Stadtbrücke“ entstehen.
 25
- 26 **Kultur und Geschichte:** Die vielen geschichtlich bedeut-
 27 samen Orte, wie der Jüdenhof, die französische Kirche,
 28 das Graue Kloster und das erste Antikriegsmuseum ver-
 29 langen eine umfassende Erinnerungs-Konzeption. Die
 30 Rückführung des Antikriegsmuseums ist ebenso zu prü-
 31 fen wie eine schulische Nutzung auf dem Grundstück
 32 des Grauen Klosters.
 33
- 34 **Grundstücksbildung, Liegenschaftspolitik und archi-**
 35 **tektonische Qualität:** Um zu einer gemischt genutz-
 36 ten Bebauungsstruktur zu kommen, soll eine kleinteili-
 37 ge Grundstücksbildung vorgegeben werden, die selbst-
 38 ständige, architektonisch gut gestaltete Häuser mög-
 39 lich macht. Sofern die Häuser nicht durch städtische Ge-
 40 sellschaften errichtet werden, kommen entsprechend
 41 der politisch verbindlichen Liegenschaftspolitik nur Erb-
 42 baurechtsmodelle infrage. Durch eine weitere Verkehrs-
 43 reduzierung soll auch entlang der Grunerstraße und des
 44 Mühlendamms Wohnen in den oberen Etagen mög-
 45 lich werden. Die Vergabe an Dritte soll über kleinteili-
 46 ge Konzeptverfahren Stiftungen und gemeinwohlori-
 47 entierte Nutzungen bevorzugen. Die städtebauliche Re-
 48 konstruktion des Molkenmarktes soll auch einen Bei-
 49 trag zur Weiterentwicklung des Rathausviertels leis-
 50 ten. Mit dem Sitz des Regierenden Bürgermeisters, dem
 51 Stadthaus als Sitz der Innenverwaltung und des Lan-
 52 desdenkmalamtes, der Finanzverwaltung, dem Podo-
 53 wil und dem Theaterkontor an der Klosterstraße und
 54 dem Berliner Landgericht an der Littenstraße finden sich
 55 hier wichtige öffentliche und kulturelle Nutzungen, die
 56 sich mit dem neuen Molkenmarkt zu einem lebendigen
 57 Stadtviertel im Sinne der Berliner Mischung verbinden
 58 können.
 59

1 **Klimaresilienz:** Retentionsdächer, Fassadenbepflanzung begrünte Innenhöfe und klimaangepasste
 2 Straßenbäume sollen einen Abfluss von Regenwasser
 3 in die Kanalisation minimieren und die Aufenthalts-
 4 qualität erhöhen.
 5

6
 7 **Leipziger Straße:** Die anstehenden Planungen haben
 8 auch auf das anschließende Wohngebiet der Fischer-
 9 insel und Leipziger Straße erheblichen Einfluss. Für die
 10 neue Tramstrecken ist die gestaltungsorientierte Vari-
 11 ante mit einer KfZ-Spur je Richtung und einem 3 Meter
 12 breiten Fahrradstreifen vorzusehen. Damit wird auf der
 13 Nordseite eine 16 Meter breite Fläche von Charlotten-
 14 str. bis Spittelmarkt frei, auf der der „Leipziger Park“ (Ar-
 15 beitstitel) angelegt werden soll. Grünfläche und Bäume
 16 sind für die derzeit schlechten klimatischen Bedingun-
 17 gen in der vollversiegelten Leipziger Straße besonders
 18 wichtig und verbessern zudem die Aufenthaltsqualität.
 19

20
 21 **Begründung**

22
 23 Wachsende Städte sind eine global zu beobachtende
 24 Entwicklung – die Anziehungskraft von urbanen Zen-
 25 tren ist ungebrochen. Weltweit leben bald 80 % der
 26 Weltbevölkerung in Ballungsgebieten. Metropolregio-
 27 nen konkurrieren politisch und wirtschaftlich heute mit
 28 einer Vielzahl von Nationalstaaten. Vergleichsweise gute
 29 Infrastruktur, kulturelle und wirtschaftliche Innovati-
 30 onskraft, Internationalität, gute Bildungsangebote und
 31 zukunftssträchtige Arbeitsplätze ziehen Menschen un-
 32 terschiedlichster Kulturen und Lebensentwürfe in die-
 33 se Zentren. Probleme und Herausforderungen in den
 34 Metropolen und deren Lösungen sind zentrale Mensch-
 35 heitsfragen und prägen das Leben bereits heute.
 36

37 Stadtpolitik muss angesichts dieser Herausforderungen
 38 effektiv, zukunftsorientiert und auf Grundlage sozia-
 39 ler und demokratischer Rechte handeln. Bevölkerungswachstum und die notwendige Umstellung auf ein
 40 nachhaltiges, klimaneutrales Wirtschaften sind dabei
 41 große, wenn nicht sogar *die* Herausforderungen für die
 42 Städte der Zukunft. Voraussetzungen für diese gesell-
 43 schaftlichen Anstrengungen sind Stadtgesellschaften,
 44 in denen Wohlstand gerecht verteilt und Wohnraum be-
 45 zahlbar ist, alle Menschen freien Zugang zu bester Bil-
 46 dung haben und es gute, sichere Arbeit für alle Stadtbe-
 47 wohner*innen gibt.
 48

49
 50 Städte haben erhebliche Herausforderungen im Klima-
 51 wandel zu bewältigen, sowohl im Hinblick auf notwen-
 52 digen Klimaschutz als auch hinsichtlich der Anpassung
 53 an die Folgen des Klimawandels. Bereits heute sind
 54 Städte für ca. 80 % des weltweiten Energieverbrauchs
 55 und über 70 % der CO₂-Emissionen verantwortlich. Ei-
 56 nen besonders hohen Anteil daran nehmen Gebäude
 57 einschließlich der damit verbundenen Nutzung sowie
 58 Transportsysteme ein. Auf der anderen Seite besitzen
 59 Städte durch die hohe Konzentration von Menschen,

1 Wertschöpfung und Infrastrukturen eine hohe Vulnera-
2 bilität in Bezug auf die Folgen des Klimawandels. Städ-
3 te müssen deshalb gezielt Maßnahmen ergreifen, um
4 CO2-Emissionen zu vermindern und sich den projizier-
5 ten Klimaveränderungen anzupassen.
6

7 Aus Gründen der hohen Verdichtung wie auch des Kli-
8 maschutzes muss die Mobilität in den Städten nachhal-
9 tiger gestaltet werden. Die „autogerechte Stadt“ muss
10 in eine menschenfreundliche und nachhaltige Stadt
11 umgebaut werden.
12

13 Berlin und insbesondere die Berliner Mitte haben für die
14 Erarbeitung von beispielgebenden Lösungen alle Vor-
15 aussetzungen und müssen sich ihrer globalen Verant-
16 wortung stellen. Die Berliner Mitte kann mit ihren viel-
17 fältigen Möglichkeiten eine Werkstatt für die Strategien
18 für einer lebenswerte Großstadt unter den Vorzeichen
19 des Klimawandels sein.
20

21 Die Gestaltung der Berliner Mitte ist dabei eine der zen-
22 tralen stadtentwicklungspolitischen Herausforderun-
23 gen für die Umsetzung der beschriebenen Ziele. Durch
24 vielfältige Projekte werden in den nächsten Jahren die
25 Weichen dafür gestellt, welche gesellschaftspolitische
26 Richtung die Großstadt Berlin – ausgehend von Stadt-
27 zentrum – nimmt. Durch den Bau des Humboldtforums
28 und die Pläne für den Bereich rund um den Molken-
29 markt wird sich der Innenstadtbereich in seiner städte-
30 baulichen und kulturellen Prägung stark verändern. Die
31 Rückgewinnung des Rathausforums als öffentlichem
32 Raum birgt nach Fertigstellung der U-Bahn eine weite-
33 re große Chance dafür, dass die Mitte der Stadt wieder
34 ein attraktiver Anziehungs- und Aufenthaltsort für die
35 Berliner*innen und Berliner wird.
36

37 Ausgangspunkt für die hiesigen Forderungen ist der
38 Wettbewerb für die Gestaltung des Rathaus- und des
39 Marx-Engels-Forums, der durch die Erarbeitung der
40 zehn Bürgerleitlinien konzeptionell gut vorbereitet ist.
41 Der Antrag beschränkt sich hier nur auf kleinere Ergän-
42 zungen. Von grundsätzlich politischer Bedeutung ist al-
43 lerdings die klimaresiliente Ausgestaltung und der Um-
44 gang mit dem Autoverkehr. Im Vergleich zu Städten wie
45 Paris, Barcelona und Oslo bedarf es in Berlin noch ei-
46 ner strategischen Umsteuerung, die den Autoverkehr
47 weitgehend verbannt. Dies gilt gleichermaßen für das
48 Molkenmarktquartier und die neu zu errichtende Müh-
49 lendammbrücke. Zum Molkenmarkt erneuert der An-
50 trag den Willen zur Gemeinwohlorientierung, Kleintei-
51 ligkeit und architektonischen Qualität. Die den städti-
52 schen Wohnungsbaugesellschaften zufallende Aufga-
53 be des Wohnungsbaus ist unter den derzeitigen vom
54 Senat vorgegeben Bedingungen an diesem besonderen
55 Ort vermutlich nicht zu erbringen. Hier bedarf es einer
56 Anpassung des Handlungsrahmens.
57

58 **Leitlinie 1** Die Berliner Mitte ist ein Ort für alle, an dem
59 vielfältige Nutzungen möglich sind. Berliner*innen und

- 1 Besucher*innen können hier abwechslungsreiche und
2 offen zugängliche Angebote nutzen.
3
- 4 **Leitlinie 2** Die Geschichte der Berliner Mitte wird zu-
5 künftig besser sicht- und erlebbar gemacht. Durch ab-
6 wechslungsreiche Erinnerungselemente wird die viel-
7 fältige und vielschichtige Historie des Ortes verdeut-
8 licht.
9
- 10 **Leitlinie 3** Die Berliner Mitte, insbesondere der Platz vor
11 dem Berliner Rathaus, öffnet sich als Ort der Demokra-
12 tie für politische Debatten.
13
- 14 **Leitlinie 4** Die Berliner Mitte ist ein Ort der Kultur und
15 Kreativität. Vielfältige, auch experimentelle Kunstfor-
16 men ermöglichen abwechslungsreiche Erlebnisse und
17 einen inspirierenden Aufenthalt.
18
- 19 **Leitlinie 5** Die Berliner Mitte bleibt ein öffentlicher,
20 grundsätzlich nicht-kommerzieller Ort.
21
- 22 **Leitlinie 6** Die Berliner Mitte dient als „Grüne Oase“
23 der Erholung, der Nachhaltigkeit und dem Stadtklima.
24 Der heutige Anteil an Grünflächen soll nicht verringert
25 werden. Die Grünflächen werden aufgewertet, anspre-
26 chend gestaltet und gepflegt.
27
- 28 **Leitlinie 7** Die Berliner Mitte wird verkehrsberuhigt. Sie
29 wird leiser. Auch wird sie zukünftig besser mit den um-
30 liegenden Stadtvierteln vernetzt.
31
- 32 **Leitlinie 8** In der Berliner Mitte wird die Nähe zum
33 Wasser spürbar. Das Spreeufer wird für den Aufenthalt
34 geöffnet, die Wasserkaskaden am Fernsehturm laden
35 auch zukünftig zum Verweilen ein.
36
- 37 **Leitlinie 9** Die Sichtbeziehungen zwischen Fernsehturm
38 und Spree sowie Berliner Rathaus und Marienkirche
39 bleiben erhalten und werden weiterentwickelt.
40
- 41 **Leitlinie 10** Die Berliner Mitte wird beständig weiterent-
42 wickelt. Durch flexible und temporäre Nutzungen bleibt
43 der Ort zukunftsfähig und dynamisch.
44
- 45 **Urheber*innen:** Redaktionsgruppe aus den Abteilungen
46 1, 2, 3 und 4 der SPD Berlin Mitte sowie dem Arbeitskreis
47 Soziale Stadt der SPD Berlin Mitte

1 **A7/1/2020**

2 **01/16 Grünes Dreieck**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Verknappung von Wohnraum durch Umwandlung von**
8 **Mietwohnungen in Wohneigentum wirksam verhin-**
9 **dern!**

10

11 Wir fordern, die Aufteilung und Umwandlung von
12 Mietshäusern in Eigentumswohnungen bis auf wenige
13 unabwendbare Einzelfälle zu reduzieren.

14

15 Zu diesem Zweck soll die häufig genutzte Ausnahme-
16 regelung des §172 Abs.4 Nr. 6 BauGB, die es Eigen-
17 tümer*innen in sozialen Erhaltungsgebieten erlaubt,
18 auch in Milieuschutzgebieten Mietwohnungen in Ei-
19 gentumswohnungen aufzuteilen, sofern das Wohnei-
20 gentum danach für sieben Jahre nur den Mieter*innen
21 angeboten wird, endlich ersatzlos gestrichen werden.

22

23 Für alle anderen Ausnahmeregelungen des §172 soll, um
24 eine Aufteilung in Einzeleigentum zu verhindern, ein
25 Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand eingeführt wer-
26 den. Das gilt auch für Bauten, die bisher nicht als Wohn-
27 raum vorgesehen waren.

28

29 Die zeitliche Befristung für Rechtsverordnungen zum
30 Genehmigungsvorbehalt bei Umwandlungen (§ 172
31 Abs.1 Satz 4 BauGB) von fünf Jahren soll durch eine deut-
32 lich längere Geltungsdauer ersetzt werden.

33

34 Da Kapitalverwerter bei bestehenden Milieuschutzge-
35 bieten in nicht geschützte Nachbarregionen auswei-
36 chen, soll der Milieuschutz auf das gesamte Stadtgebiet
37 ausgedehnt werden.

38

39 Für sämtliche Einzelfälle, in denen rechtlich eine Um-
40 wandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum un-
41 abwendbar bleibt, ist die Kündigungssperrfristverord-
42 nung dahingehend zu ändern, dass eine Kündigung we-
43 gen Eigenbedarfs oder Hinderung an wirtschaftlicher
44 Verwertung für mindestens 20 Jahre ausgeschlossen
45 bleibt.

46

47 Ebenfalls ist darauf hinzuwirken, im Mietrecht die Kün-
48 digungsfristen bei Eigenbedarfskündigungen in allen
49 Fällen deutlich zu verlängern und zwar auf mindestens
50 24 Monate. Die Regelung soll für alle Mietverhältnis-
51 se gelten, unabhängig davon, wie lange das Mietver-
52 hältnis bereits besteht und unabhängig davon, ob die
53 Wohnung vor oder nach der Umwandlung in Eigen-
54 tum vermietet worden ist. Sofern an anderer Stelle un-
55 ter bestimmten Bedingungen weitergehende Regelun-
56 gen existieren, sollen diese weiter zur Anwendung kom-
57 men.

58

1 Außerdem fordern wir die sozialdemokratischen Abgeordneten des Abgeordnetenhauses, des Berliner Senats und des Bundestages auf, sich für gesetzliche Regelungen einzusetzen, die Verbote der Aufteilung und Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen auch außerhalb von Milieuschutzgebieten ermöglichen. Dabei soll auf Ausnahmeregelungen, die hinter die Regeln zurückfallen, die wir oben für die sozialen Erhaltungsgebiete vorgeschlagen haben, verzichtet werden.

11
12

13 **Begründung**

14

15 Die Aufteilung und Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen ist primär ein Werkzeug zur Befriedigung von Profitinteressen Einzelner gegen die Interessen der bisherigen Bewohner*innen, die durch ihre Mietzahlungen den Erwerb und die Instandhaltung der Immobilien jahrelang finanziert haben. Zusätzlich stellen wir fest: Jedes Mietverhältnis stillt Bedürfnisse der Daseinsvorsorge und gehört besonders geschützt. Die Interessen einer weitergehenden, ausschließlich Profitinteressen untergeordneten wirtschaftlichen Verwertung haben hinter der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und dem Gemeinwohl zurückzutreten.

28

29 Der Versuch, die zunehmende Privatisierung und damit Verknappung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu verhindern, ist bisher weitgehend erfolglos geblieben.

33

34 So wurden im Jahr 2018 in Berlin ca. 13.000 und im Jahr 2017 ca. 16.500 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Das zeigt, dass die bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichend sind, um das Problem der Umwandlungen zu lösen.

39

40 Hierbei muss konstatiert werden, dass sich das Regulierungsinstrument des Milieuschutzgebiets nicht als ausreichend erwiesen hat, um die Umwandlung von Wohnungen zu verhindern. In den Jahren 2017 und 2018 sind durch Umwandlungen 12.921 Wohnungen in Milieuschutzgebieten dem Mietwohnungsmarkt entzogen worden.

47

48 Insbesondere der Vergleich zwischen neugebauten und umgewandelten Wohnungen zeigt, die mangelnde Wirksamkeit des Instruments. Im Jahr 2017 wurden 15.669 Wohnungen neu gebaut und 16.548 Wohnungen umgewandelt. Im Jahre 2018 ergab der Neubau 16.706 Wohnungen, 12.800 Wohnungen wurden umgewandelt.

54
55

1 **A8/I/2020**

2 **SPDqueer**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Erhalt von Clubkultur und Orten der Vielfalt und Tole-**

7 **ranz in der Innenstadt**

8 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-

9 tenhauses und die SPD Mitglieder im Senat von Berlin

10 setzen sich dafür ein, noch in der aktuellen Legislaturpe-

11 riode eine Koordinierungsstelle für die Clublandschaft

12 in Berlin einzurichten. Diese Stelle soll als Ansprechpart-

13 ner, Frühwarnsystem und Vermittler zwischen Haupt-

14 verwaltungen, Bezirksämtern und den Clubs dienen.

15

16

17 **Begründung**

18

19 Die Berliner Clublandschaft musste sich in den vergan-

20 genen Jahren aufgrund nicht verlängerter Mietverträ-

21 ge oder nicht bezahlbarer Mieterhöhungen von einigen

22 „Institutionen des Nachtlebens“ verabschieden. Hierzu

23 zählen das historische Knaack, der Bassy Club, das Whi-

24 te Trash, das Chalet und der Arena Club. Die Zukunft des

25 Sage/KitKat, des About Blank und der Griessmühle ist

26 sehr ungewiss. Hierbei sind nicht selten Orte gelebter

27 Toleranz und queeren Lebens von der Verdrängung be-

28 troffen.

29

30 Berlin ist aber sexy wegen seiner Clubs und auch welt-

31 weit ein Beispiel für lebendige Clubkultur und Freiheit.

32 Jeden dritten Berlin-Touristen zieht es wegen unseres

33 Nachtlebens in die Stadt. Sie erleben hier die Vielfalt der

34 Clubs und Szenen, Kulturen und Nachbarschaften, für

35 die wir kämpfen und uns stark machen.

36 **A9/I/2020**

37 **01/16 Grünes Dreieck**

38 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40

41 **Für ein Sperrmüllkonzept für Berlin**

42 Die Mitglieder sozialdemokratischen Mitglieder im Se-

43 nat und im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,

44 gemeinsam mit der BSR an einem modernen Konzept

45 zur Sperrmüllentsorgung – und -vermeidung zu arbei-

46 ten.

47

48

49 Dieses soll eine (zumindest teilweise) kostenlose Ab-

50 holung von Sperrmüll für Privathaushalte, zum Beispiel

51 durch Gutscheine oder eine Wiedereinführung von zen-

52 tralen Sperrmüllabholungen beinhalten. Das Konzept

53 soll bis zum Ende der Legislaturperiode erarbeitet wer-

54 den.

1
2
3 Zeitgleich soll die Entsorgung über Recyclinghöfen kundenfreundlicher gestaltet werden. Dazu sollen die Recyclinghöfe an mindestens einem Tag der Woche lange geöffnet sein (bspw. 21:00 Uhr), die Öffnungszeiten an Samstagen sollen an die verlängerten Ladenöffnungszeiten angepasst werden. Recyclinghöfe haben alle Produkte, z.B. Farbe, Holz, Haushaltsgeräte von Privatpersonen in haushaltsüblichen Mengen anzunehmen, sofern dies keine massiven baulichen Nachbesserungen erfordert.

13
14
15 Des Weiteren soll mit Hilfsorganisationen und Projekten Ideen und Konzepte zur Vermeidung von Sperrmüll, durch Weitergabe und/oder Upcycling geklärt werden.

18
19
20 **Begründung**

21
22 Wenn Berlin Sperrmüll auf den Straßen vermeiden will, brauchen wir ein neues Konzept für unsere Stadt. Dabei müssen wir sowohl die Abholung neu regeln, um zu vermeiden, dass Möbel, Geräte usw. auf der Straße landen. Auch das Wegbringen von Sperrmüll muss im Zuge dessen erleichtert werden, indem wir den Service der Recyclinghöfen erhöhen.

29
30 Gerade in einer modernen Stadt wie Berlin, in der immer weniger Haushalte über ein Auto verfügen, muss es möglich sein, einfach und unkompliziert Sperrmüll zu entsorgen.

34
35 Gleichzeitig sollte Ressourcenschonung Ziel unserer Stadt sein! Zusammen mit BSR sowie Trägern und Hilfsprojekten soll daran gearbeitet werden, Müll zu vermeiden und Müll als Ressource zu betrachten, der als wertvoller Rohstoff zu re – oder upcyclen ist und so als neues Produkt verkauft werden kann.

41 **A10/I/2020**
42 **ASF**
43 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

45
46 **Digital Empowerment für geflüchtete Frauen!**
47 Die SPD Mitte fordert die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat auf, sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit dafür einzusetzen, dass die Förderung des Projekts „Digital Empowerment“ mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen aufgestockt wird, um die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen in Berlin bedarfsgerecht zu fördern.

54
55
56 **Begründung**

1
2 „Digital Empowerment“ wurde bisher im Rahmen des
3 Masterplans für Integration und Sicherheit vom Senat
4 mit einer Projektförderung unterstützt.
5 Das Ziel des Projekts ist es, geflüchtete Frauen, mit
6 Hilfe verschiedener Module Zugang zu digitaler
7 Basis-Medien-/IT-Technik zu verschaffen und zugleich
8 Sprachkompetenzen zu vermitteln.
9 Dabei können die Frauen eine Einführung in PC und
10 Internet bekommen, Dokumente mit dem Smartpho-
11 ne scannen, versenden und auf einen Rechner laden
12 zum Ausdrucken oder Weiterbearbeiten oder ein E-
13 Mail-Konto einrichten. Sie lernen Sprachlern-Apps oder
14 Online-Deutschkurse kennen, auch für Analphabetin-
15 nen gibt es Angebote. Anleitung bei der Internetre-
16 cherche und andere Medienkompetenzen dienen auch
17 der Erschließung existierender Online-Angebote rund
18 um existenziell wichtige Themen wie Asylrecht, Aufent-
19 haltsstatus, Wohnen, Jobcenter, Bildung oder Arbeit.
20 Das niedrighschwellige und real nutzbare Angebot hat
21 den Zugang der Zielgruppe geflüchteter Frauen zu digi-
22 taler Mediennutzung geöffnet bzw. erweitert. Seit Pro-
23 jektstart im Herbst 2016 wurden über 300 geflüchtete
24 Frauen aus 19 Ländern erreicht, die gemeinsam gelernt
25 haben. Nach einer Modellphase des Projekts soll das
26 Angebot verstetigt werden. Der ursprüngliche Ansatz,
27 Ehren- oder Hauptamtliche oder Geflüchtete für das
28 IT-Training zu qualifizieren, scheiterte an den geringen
29 personellen Ressourcen der Unterkünfte und der hohen
30 Fluktuation des Hauptamts sowie der Bewohnerinnen.
31 Die Anforderungen an diese Aufgabe, einen niedrig-
32 schwelliges und binnendifferenziertes Angebot für die-
33 se Zielgruppe durchzuführen, sind hoch und bedürfen
34 intensiver Begleitung und Betreuung der Teilnehmerin-
35 nen und der Durchführenden. Dazu kommen die techni-
36 sche Betreuung und Wartung der Computerräume, die
37 die Kapazitäten vieler Unterkünfte schnell übersteigen.
38 Nach wie vor sind nicht in allen Unterkünften Compu-
39 terräume vorhanden, von festen Zeiten nur für Schu-
40 lungen ganz zu schweigen. Der aktuell geltende Schlüs-
41 sel von einem Rechner pro 100 Bewohner*innen ist nicht
42 ausreichend. Jedoch reicht die alleinige Bereitstellung
43 der technischen Infrastruktur nicht aus: Die Medien-
44 kompetenzen und „*Digital Kenntnisse*“ sind Schlüssel-
45 kompetenzen in unserer hochvernetzten Welt, so dass
46 ihrer Vermittlung höchste Wichtigkeit bei der Teilha-
47 be und Mitgestaltung unserer Gesellschaft beigemess-
48 en werden muss. Medienkompetenztrainings in Un-
49 terküften sind deshalb für die Integration von geflüch-
50 teten Frauen und Männern unbedingt förderungswür-
51 dig.
52 Bisher wurde das Digital Empowerment aufgrund der
53 begrenzten finanziellen Ressourcen nur für eine be-
54 grenzte Anzahl an geflüchteten Frauen angeboten. Ge-
55 flüchteten Frauen wollen lernen und arbeiten, um sich
56 und ihren Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen.
57 Um die Arbeitsmarktintegration der geflüchteten Frau-
58 en in Berlin bedarfsgerecht zu fördern, sollte das Pro-
59 jekt „Digital Empowerment“ mit zusätzlichen finanziel-

- 1 len Ressourcen aus dem Masterplan für Integration und
- 2 Sicherheit aufgestockt werden.

3 **A11/I/2020**

4 **01/16 Grünes Dreieck**

5 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

8

9 **Integration von Geflüchteten durch eine bessere Ar-**
10 **beitsvermittlung voranbringen und nachhaltig gestal-**
11 **ten!**

12 Wir fordern:

13 1. Die Maßnahmen des Jobcenters müssen passend zur
14 Sprach- und Berufsqualifikation der jobsuchenden Per-
15 sonen sein. Ausländische Berufsabschlüsse sollen bei
16 der Vermittlung stärker berücksichtigt werden sowie
17 deren formale Anerkennung soll beschleunigt und er-
18 leichtert werden, damit die Menschen nicht in prekären
19 Jobs landen. Nötige Zusatzkurse zur Anerkennung von
20 ausländischen Berufsabschlüssen sollen vom Jobcenter
21 finanziert werden.

22 2. Die Maßnahmen des Jobcenters müssen gemäß den
23 Berufsabschlüssen und dem Jobmarkt sinnvoll und ziel-
24 gerichtet sein und dürfen keine Pseudo-Beschäftigung
25 darstellen. Alle angebotenen Maßnahmen sollen von
26 einer unabhängigen Stelle auf ihre Zweckmäßigkeit
27 kontrolliert werden. Das Feedback der an den Maßnah-
28 men teilnehmenden Personen ist dabei zu berücksichti-
29 gen.

30 3. Jobsuchende sollen nicht unter ihrer Qualifikation
31 vermittelt werden. Sollte dem Jobsuchenden auf abseh-
32 bare Zeit keine adäquate Stelle zur Verfügung stehen,
33 sollte das Jobcenter den Arbeitssuchenden dabei unter-
34 stützen, einen neuen Beruf zu erlernen.

35 4. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter
36 müssen besser qualifiziert und unbefristet eingestellt
37 werden.

38 5. Die Vermittlung in Ausbildung insbesondere bei Beru-
39 fen in denen Fachkräftemangel herrscht, soll schneller
40 und einfacher ermöglicht werden.

41 6. Der Mindestlohn in Deutschland soll auf mindestens
42 12 Euro ohne Ausnahmen angehoben werden.

43

44 **Begründung**

45

46 Die Integration in den Jobmarkt ist ein wichtiger Schritt
47 für die Integration von geflüchteten Menschen in unse-
48 re Gesellschaft. Ein Job bietet im besten Fall finanziel-
49 le Unabhängigkeit, langfristige Perspektiven und Kon-
50 takte zu Alteingesessenen auf Augenhöhe. Allerdings
51 werden immer wieder Fälle bekannt, indem geflüch-
52 tete Menschen in Deutschland weit unter ihren aus-
53 ländischen Berufsabschlüssen arbeiten, obwohl sie gu-
54 te Qualifikationen für gesuchte Jobprofile mitbringen.
55 Dies ist frustrierend und mindert die Integration. Vie-
56 le Jobsuchende landen zudem in Maßnahmen des Job-

1 centers, die aus Sicht der Teilnehmenden keinen Sinn
2 und keine Perspektiven für eine gute Berufsqualifikati-
3 on bieten. Es wurden in der Presse Fälle genannt, in de-
4 nen die Organisationen, die Maßnahmen anbieten, nur
5 die Unterschriften der Teilnehmenden einsammeln und
6 diese nicht an den Kursen teilnehmen. Solche Maßnah-
7 men werden oft von beiden Seiten als sinnlos empfunden
8 werden. Diese „Pseudo“-Kurse zahlt der Steuerzah-
9 ler. Dies ist nicht zielführend und muss verhindert wer-
10 den. Nachhaltiger wäre es den Jobsuchenden eine qua-
11 litative Ausbildung anzubieten, um ihnen eine Perspek-
12 tive zu bieten.

13
14 Viele geflüchtete Menschen landen in prekären Jobs,
15 die mit dem Mindestlohn vergütet werden. Zum Jah-
16 resbeginn ist der Mindestlohn in Deutschland auf 9,35
17 Euro pro Stunde gestiegen. Damit liegt die Lohnun-
18 tergrenze auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau:
19 In einer Rangliste von sieben westeuropäischen Staa-
20 ten mit einem gesetzlichen Mindestlohn liegt Deutsch-
21 land auf dem letzten Platz. Das geht aus einer Studie
22 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts
23 (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung
24 hervor. Gewerkschaften fordern hingegen die Erhöhung
25 des Mindestlohns auf 12 Euro, um vor Armut , besonders
26 im Rentenalter, besser geschützt zu sein.

27 **A12/I/2020**

28 **01/16 Grünes Dreieck**

29 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

32

33 **Umfassende Maßnahmen gegen Muslimfeindlichkeit**
34 **und die Unterstützung von Betroffenen fördern**

35

36

37 Wir fordern:

38 1. Die Landesfraktion der SPD Berlin setzt sich dafür ein,
39 dass die im Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)
40 vorgesehenen Weiterbildungen zu Diversity Kompe-
41 tenz und Diskriminierungsschutz für alle Bediensteten
42 und Angestellten im öffentlichen Dienst verpflichtend
43 werden. Das Thema Muslimfeindlichkeit und der Schutz
44 von Betroffenen soll bei den Weiterbildungen inhaltli-
45 cher Bestandteil sein.

46

47 2. Die SPD Mitte geht mit gutem Beispiel voran und
48 bietet interessierten Mitgliedern Weiterbildungskurse
49 zum Thema Muslimfeindlichkeit und Diskriminierungs-
50 schutz an und macht diese für Abteilungsvorsitzende
51 und die Mitglieder des Kreisvorstands verpflichtend. Die
52 SPD Mitte beteiligt sich jährlich mit Aktionen am Akti-
53 onstag gegen antimuslimischen Rassismus am 01. Juli.

54

55 3. Die Landesfraktion der SPD Berlin setzt sich dafür ein,
56 dass es mehr niedrigschwellige und unabhängige Be-

1 ratungen für Betroffene, vor allem für Schüler*innen,
 2 gibt. Hierfür sollen Beratungsstellen finanziell und per-
 3 sonell gestärkt werden. Jede*r Schüler*in soll – am bes-
 4 ten durch eine persönliche Ansprache – darüber infor-
 5 miert werden, wann und wo er eine Beratung in An-
 6 spruch nehmen kann.

7
 8 4. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass
 9 präventive Maßnahmen (z.B. Kampagnen und Projek-
 10 te) von Vereinen und Organisationen, die Vorurteilen
 11 und Hass auf Muslim*innen vorbeugen oder und Mus-
 12 lim*innen in unserer Gesellschaft in ihrer Diversität
 13 sichtbarer machen, langfristig mit den notwendigen fi-
 14 nanziellen Mitteln ausgestattet werden. Die SPD unter-
 15 stützt hierfür die Idee eines Demokratiefördergesetzes.

16
 17 5. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich für eine*n Bun-
 18 desstaatssekretär*in für Anti-Rassismus und Antidiskri-
 19 minierung ein. Dieser soll mit den erforderlichen Befug-
 20 nissen und finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um
 21 entschlossen gegen jegliche Art von Diskriminierung
 22 und Rassismus, auch Antimuslimischen Rassismus, in
 23 unserer Gesellschaft vorzugehen.

24
 25 6. Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein,
 26 dass muslimische Einrichtungen, z.B. durch dauerhaf-
 27 ten Polizeischutz und finanzieller Unterstützung für Si-
 28 cherheitsmaßnahmen, vor möglichen Angriffen ausrei-
 29 chend geschützt werden.

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

Begründung

In Berlin leben etwa 6 Prozent Musliminnen und sind somit auch ein großer Teil der Bevölkerung. Diverse Umfragen und Studien belegen, dass sich islamfeindliche und antimuslimische Einstellungen in Deutschland seit Jahren auf einem hohen Niveau bewegen: 2015 sagten 57 Prozent der nicht-muslimischen Befragten einer Studie der Bertelsmann Stiftung, dass sie den Islam für bedrohlich oder sehr bedrohlich halten. 2016 wurde im Rahmen der Leipziger Mitte-Studie festgestellt, dass sich jede*r zweite Befragte durch Muslim*innen manchmal „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlt (2009 noch 32,3 Prozent) und 41,4 Prozent sich dafür aussprechen, Muslim*innen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen (2009 noch 25 Prozent). Muslim*innen werden offen als „Problemgruppe“ wahrgenommen – antimuslimische Ressentiments kommen dabei auch aus der Mitte der Gesellschaft.

Jegliche Form von Muslimfeindlichkeit kann dazu führen, dass sich Muslim*innen sich aus der Gesellschaft zurückziehen und sich nicht als Teil der Gesellschaft betrachten. Wir als SPD sollten zeigen, dass Muslim*innen dazugehören – und sie gegen jegliche Form von Diskriminierung schützen. Wir kämpfen für Toleranz, Akzeptanz und Freiheit. Aus diesem Grund muss sich die SPD

- 1 als politische Kraft dafür einsetzen, das Engagement
 2 gegen Muslimfeindlichkeit auszubauen – und das be-
 3 reits vorhandene Netzwerk an Initiativen und Projekten
 4 zu unterstützen. Dabei geht es vor allem darum, dass
 5 sich Muslim*innen ohne Angst vor Diskriminierung frei
 6 bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen
 7 können.
- 8
- 9 Zu 1: Bedienstete des öffentlichen Dienstes repräsen-
 10 tieren Berlin und sollten alle Berliner*innen gleichbe-
 11 handeln. Ungleichbehandlung von Menschen, u.a. Mus-
 12 lim*innen, führen zu Misstrauen in staatliche Insti-
 13 tutionen und die Politik. Erfahrungen aus der Anti-
 14 Rassismuserbeit zeigen, dass Weiterbildungen zum
 15 Thema Antidiskriminierung von vielen Weißen Men-
 16 schen als Stigma wahrgenommen werden und sie die-
 17 sen oft ablehnend gegenüberstehen. Es ist davon aus-
 18 zugehen, dass freiwillige Weiterbildungen zur Antidis-
 19 kriminierung überwiegend von Personen wahrgenom-
 20 men werden, die sich bereits selbstkritisch mit dem
 21 Thema auseinandersetzen und diese als Professiona-
 22 lisierung der eigenen Kompetenzen wahrnehmen. Für
 23 das Ziel eines diskriminierungssensiblen öffentlichen
 24 Diensts sollten sich aber ausnahmslos alle Bediensteten
 25 entsprechend qualifiziert sein.
- 26
- 27 Zu 2: Am 1. Juli 2009 wurde im Landgericht Dresden
 28 Marwa El-Sherbini ermordet. Der Mord an der schwan-
 29 geren, 32-jährigen Pharmazeutin aus Ägypten, war an-
 30 timuslimisch motiviert und wurde auch international
 31 zum Symbol dafür, was Islamfeindlichkeit für Folgen ha-
 32 ben kann. Als internationaler Tag gegen antimuslimi-
 33 schen Rassismus steht der 1. Juli seitdem dafür, ent-
 34 schieden für eine solidarische, demokratische, freiheit-
 35 liche und multireligiöse Gesellschaft einzutreten.
- 36
- 37 Zu 3: Durch das Abhängigkeitsverhältnis zwischen
 38 Schüler*innen und Lehrer*innen wiegen Diskriminie-
 39 rungen von Seiten der Lehrkräfte besonders schwer.
 40 Vertrauenslehrer*innen reichen hier nicht aus, denn ist
 41 das Vertrauen in das System Schule durch Diskriminie-
 42 rungserfahrungen erst einmal erschüttert, wenden sich
 43 Schüler*innen auch nicht mehr an den/die Vertrauens-
 44 lehrer*innen. Es braucht daher unabhängige Beratungs-
 45 stellen, die die Schüler*innen und ihre Eltern ohne große
 46 Hürden aufsuchen können.
- 47
- 48 Zu. 4
- 49 Projekte, die sich für Anti-Rassismuserbeit und Anti-
 50 Diskriminierung einsetzen, sollten nicht unter einem
 51 finanziellen und existenzgefährdenden Druck stehen.
 52 Die Vereine und Organisationen müssen über lange
 53 Zeiträume planen können und Handlungsspielräume
 54 haben, um ihre Arbeit langfristig auszuüben – nur so
 55 können sie effektiv und ganzheitlich wirken. Bei der fi-
 56 nanziellen und politischen Unterstützung sollten die
 57 betroffenen Vereine möglichst wenig Bürokratie bewäl-
 58 tigen müssen, um mehr Zeit in ihre aktive Arbeit mit
 59 Bürge*innen zu haben. Präventionsarbeit muss auch

1 von der Bundesregierung stark gefördert werden, da-
2 mit rassistisches und antidiskriminierendes Gedanken-
3 gut gar nicht erst entstehen kann und somit auch kein
4 Nährboden für Übergriffe, Gewalt und Diskriminierung
5 geliefert wird.
6
7 Zu 5.
8 Wir brauchen eine*n Bundesstaatssekretär*in für Anti-
9 Rassismus und Anti-Diskriminierung, weil die Bundes-
10 regierung auch nach außen hin sichtbar machen muss,
11 wie wichtig die Arbeit im Bereich Anti-Diskriminierung
12 und Anti-Rassismus ist. Ein solcher Posten ist nicht nur
13 mit zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden, son-
14 dern hat auch eine repräsentative Funktion für die Men-
15 schen und Organisationen, die sich täglich mit dieser
16 Arbeit auseinandersetzen. Mit einem solche*n Staats-
17 sekretär*in haben sie einen Anker in die Bundesregie-
18 rung – und einen echten Ansprechpartner, der gleich-
19 zeitig auch eine politische Funktion hat. Wir glauben,
20 dass dies ein wichtiges Zeichen ist, um eine Sicht-
21 barkeit für den gesamten Themenkomplex zu erhö-
22 hen. Dieser Staatssekretär würde sich im Allgemeinen
23 für Anti-Diskriminierung einsetzen – das schließt Anti-
24 Muslimischen Rassismus, aber auch Anti-Semitismus –
25 und jede andere Form von Rassismus und Diskriminie-
26 rung mit ein.
27
28 Zu 6: Muslimische Einrichtungen sind immer wieder
29 Ziele muslimfeindlicher Attentate. Die Festnahme ei-
30 ner rechtsextremen 12-köpfigen Terrorgruppe im Febru-
31 ar 2020, die mehrere Anschläge auf Moscheen geplant
32 haben soll, zeigt erneut, wie dringend der Handlungsbe-
33 darf ist. Muslimische Einrichtungen und Muslim*innen
34 müssen stärker geschützt werden.

35 **A13/I/2020**
36 **01/04 Friedrichstadt**
37 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
39
40 **Sichere Entsorgung von Spritzbesteck erleichtern**
41 In Berlin sollen an bekannten Hotspots für Drogenkon-
42 sum in der Öffentlichkeit mehr Behälter für die sichere
43 Entsorgung von benutzten Utensilien der Drogenkon-
44 sumierenden aufgestellt werden.
45 Zudem sollen alle Fahrzeuge und mobilen Einheiten
46 von Polizei, Grünflächenämtern, Ordnungsämtern und
47 der Stadtreinigung mit portablen Werkzeugen zur
48 sicheren Beseitigung von benutzten Drogenutensilien
49 ausgestattet werden. Darüber hinaus soll öffentlichen
50 Einrichtungen, Gewerbetreibenden und privaten Hau-
51 halten unkompliziert ermöglicht werden, kostenfrei ein
52 entsprechendes Set zu erhalten. Zu diesen Sets gehören
53 insbesondere Greifzangen, (stichsichere) Handschuhe,
54 spezielle Entsorgungsbehältnisse und immer eine Ge-
55 brauchsanleitung zum sicheren Umgang mit benutzten
56 Drogenutensilien und deren gefahrenfreie Entsorgung.

1

2 **Begründung**

3

4 In Berlin werden täglich zahlreiche sogenannte harte
5 Drogen konsumiert. Viele Konsumierende befinden sich
6 dabei auch im öffentlichen Raum und hinterlassen dort
7 ihre Utensilien (zum Beispiel „Spritzbesteck“ inklusive
8 Löffel, Einweghandschuhe, blutige Taschentücher oder
9 Tupfer) – auch mangels geeigneter Entsorgungsmög-
10 lichkeiten. Von gebrauchten Drogenutensilien können
11 Gefahren für die Gesundheit ausgehen, insbesondere
12 da anhaftende Blutreste Krankheitserreger enthalten
13 können. Daher soll die sichere Entsorgung seitens der
14 Konsumierenden, aber auch durch Menschen die diese
15 Gegenstände gefunden haben bzw. bei denen diese ge-
16 meldet wurden, erleichtert werden.

17

18 Bisläng ist die Praxis in einzelnen Bezirken oder Einhei-
19 ten der Polizei sehr unterschiedlich, wie nach dem Fund
20 oder der Meldung eines Fundes durch Anwohner*innen
21 mit diesen Utensilien verfahren wird und wie schnell
22 diese entsorgt werden. In einigen Bezirken wird eine
23 längere bürokratische Kette in Gang gesetzt, bei der un-
24 terschiedliche Behörden zusammenwirken müssen und
25 bei der teilweise viele Stunden bis Tage vergehen, bis
26 die gebrauchten Drogenutensilien sicher entsorgt wer-
27 den. In anderen Bezirken wiederum ist es üblich, dass
28 mobile Einheiten der Behörden mit dem entsprechen-
29 den Werkzeug ausgestattet sind und eine sichere Ent-
30 sorgung zeitnah selbst durchführen können. Eine ein-
31 heitliche Praxis hin zu einer schnellen, bürokratiearmen
32 und damit auch kostensparenden Entsorgung ist hier
33 geboten.

34

35 Vielfach engagieren sich Anwohner*innen oder Gewer-
36 betreibende vor Ort für die Sauberkeit in ihrem Kiez
37 bzw. in ihrer unmittelbaren Umgebung und wollen
38 auch mögliche Gefahrenquellen durch Drogenutensili-
39 en unkompliziert selbst beseitigen. Daher soll auch die-
40 sen ermöglicht werden dies gefahrenfrei zu tun und so
41 deren Engagement vor Ort unterstützt werden.

42 **A14/I/2020**

43 **01/16 Grünes Dreieck**

44 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46

47 **Cytotec in der Geburtshilfe verbieten**

48 Die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf hinwirken, dass
49 der Einsatz von Cytotec in der Geburtshilfe verboten
50 wird. Erprobte alternative Mittel sollen als Standardme-
51 dikation eingesetzt und von den Krankenkassen über-
52 nommen werden. Schwangere sollen besser über die
53 Nebenwirkungen von Cytotec aufgeklärt werden.

54

55 Die für den Gesundheitsschutz von Patientinnen und
56 Patienten zuständigen Behörden müssen die durch

1 die Verabreichung von Cytotec verursachten Todesfälle
2 und Schäden lückenlos dokumentieren, auswerten und
3 entsprechende Empfehlungen für die verantwortlichen
4 Entscheidungsträger ableiten.

5

6 **Begründung**

7

8 Nach Recherchen von report München und der Süd-
9 deutschen Zeitung kommt es unter der Gabe von Cy-
10 tototec zu erheblichen Komplikationen – von einem We-
11 hensturm oder einem Gebärmutterriss, bis hin zum
12 Tod von Mutter oder Kind. Während Gesundheitsbehör-
13 den anderer Länder davor explizit warnen, das Medi-
14 kament zur Geburtseinleitung anzuwenden, verwendet
15 die Hälfte aller Geburtskliniken in Deutschland Cytotec
16 für die Geburtseinleitung.

17

18 Cytotec ist eigentlich ein Magenmedikament. Dass es
19 Wehen fördert, wurde zufällig entdeckt. Die Tablette ist
20 für die Geburtseinleitung nicht zugelassen. Der Herstel-
21 ler warnt sogar im Beipackzettel, Nebenwirkungen für
22 Schwangere wurden berichtet: abnorme Kontraktionen
23 der Gebärmutter, Uterusruptur, Tod des Fötus und Ge-
24 burtsschäden. Das Medikament wurde in Deutschland
25 2006 vom Markt genommen, um Fehlanwendungen zu
26 vermeiden und wird seitdem von deutschen Kliniken
27 importiert.

28

29 Es gibt alternative zugelassene Mittel zur Geburtsein-
30 leitung, aber die sind wesentlich teurer. Cytotec-Pillen
31 kosten weniger als 1 Euro und zugelassene Medikamen-
32 te liegen teilweise im dreistelligen Bereich.

33

34 Wir fordern, dass alternative Mittel und Einleitungsfor-
35 men geprüft, etabliert und von den Krankenkassen als
36 Standardmedikation übernommen werden.

37

38 Zudem müssen Schwangere besser über die Nebenwir-
39 kungen von Cytotec aufgeklärt werden. Bisher wird le-
40 diglich darauf hingewiesen, dass das Medikament im
41 „Off Label Use“ eingesetzt wird und man weiß als Be-
42 troffene nicht, welchen Risiken man sich und sein Kind
43 tatsächlich aussetzt.

44 **A15/I/2020**

45 **01/16 Grünes Dreieck**

46 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

49

50 **Längere Gewährleistung für Produkte – Umwelt- und**
51 **Verbraucherschutz stärken!**

52

53 Wir fordern, dass sich o.g. Parteiorgane auf Bundesebe-
54 ne dafür einsetzen,

55 1. dass der Gewährleistungszeitraum von Produkten, die

56 im Handel verkauft werden – insbesondere von Elektro-

- 1 nikgeräten – , in der Bundesrepublik Deutschland von
 2 derzeit zwei Jahren auf mindestens fünf Jahre verlän-
 3 gert bzw. erhöht wird;
 4
 5 2. dass Verbraucher*innen im Rahmen der Geltendma-
 6 chung der Gewährleistung von der dafür geltenden
 7 Beweislast über den derzeit geltenden Zeitraum von
 8 sechs Monaten hinaus, jedoch für mindestens zwei
 9 Jahre, befreit werden.

10

11 **Begründung**

12

13 Das Gewährleistungsrecht sieht in der Bundesrepublik
 14 Deutschland nach dem Kauf von Produkten durch Ver-
 15 braucher einen Gewährleistungszeitraum von zwei Jah-
 16 ren vor. Wenn ein Produkt nach dem Kauf kaputt geht,
 17 können Verbraucher während dieser zwei Jahre vom
 18 Verkäufer grundsätzlich verlangen, dass der Mangel
 19 behoben wird. Ein europäischer Vergleich ergibt, dass
 20 dieser Zweijahreszeitraum nicht gerade großzügig be-
 21 messen ist. Während Verkäufer in der Bundesrepublik
 22 Deutschland recht zügig aus ihrer Verantwortung ent-
 23 lassen werden, gelten in anderen europäischen Staa-
 24 ten deutlich längere Gewährleistungszeiträume. Positi-
 25 ve Beispiele sind England oder Irland, wo die gesetzli-
 26 che Gewährleistung sechs Jahre lang gilt, unabhängig
 27 vom jeweiligen Produkt. Island und Norwegen haben ei-
 28 ne Gewährleistung von fünf Jahren für sog. langlebige
 29 Produkte. Darunter fallen z.B. Smartphones und Wasch-
 30 maschinen.

31

32 Eine Verlängerung des Gewährleistungszeitraumes
 33 auch in der Bundesrepublik Deutschland würde zum ei-
 34 nen die Rechte von Verbrauchern stärken – schließlich
 35 ist es besonders ärgerlich, wenn z.B. der neu ange-
 36 schaffte Fernseher bereits nach zwei Jahren kaputt
 37 geht und der Verkäufer nicht mehr verantwortlich ist.
 38 Zum anderen würde auch die Langlebigkeit hergestell-
 39 ter Produkte zwangsläufig verbessert werden müssen.
 40 Dies hätte einen schonenderen Umgang mit Ressour-
 41 cen, insbesondere im Bereich von Elektronikartikeln,
 42 in denen viele seltene Rohstoffe enthalten sind, zur
 43 Folge. Überdies entstünde weniger, häufig schwer zu
 44 entsorgender, Müll.

45

46 Eine Änderung der maßgeblichen Regelungen wäre nä-
 47 türlich nur dann zielführend, wenn sich Verbraucher
 48 auch ohne Probleme hierauf berufen könnten. Aktu-
 49 ell müssen Verbraucher in der Bundesrepublik Deutsch-
 50 land ein halbes Jahr nach Kauf eines Produkts selbst-
 51 ständig beweisen, dass ein bestehender Defekt des Pro-
 52 dukts von Anfang an vorlag und somit in den Verant-
 53 wortungsbereich des Verkaufenden fällt. Dieser Nach-
 54 weis ist in der Praxis häufig schwer zu erbringen. Da-
 55 her gilt innerhalb der ersten sechs Monate nach Kauf
 56 bereits heute eine Beweislastumkehr: Verbraucher ha-
 57 ben keinen Beweis zu erbringen, sondern der Verkäuf-
 58 fer muss beweisen, dass ein Defekt nicht schon im Zeit-
 59 punkt der Lieferung vorlag. Entsprechend zur Verlänge-

1 rung des Gewährleistungszeitraumes ist auch der Gel-
2 tungszeitraum dieser Beweislastumkehr anzupassen;
3 er sollte mindestens zwei Jahre betragen. Auch in die-
4 sem Zusammenhang gehen andere europäische Staa-
5 ten schon beispielhaft voran: In Portugal und Frankreich
6 sind Verbraucher erst zwei Jahre nach Kauf beweisbe-
7 lastet.

8 **A16/I/2020**

9 **01/01 Rosenthaler Vorstadt und 01/23 Rehberge**

10 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in In-**
15 **halt und Struktur!**

16

17 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der
18 Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass
19 die deutsche Außenpolitik das Ziel der feministischen
20 Außenpolitik in Form der Gleichstellung der Geschlech-
21 ter sowie der Schaffung von Chancengleichheit für alle,
22 unabhängig von Nationalität, sexueller Identität, Reli-
23 gion und Weltanschauung, ethnischer Herkunft, rassis-
24 tischer Zuschreibung, Lebensalter, sozialem Status und
25 Behinderung verfolgt.

26

27 Bezüglich der inhaltlichen Akzentsetzung der VN-
28 Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ im
29 Auswärtigen Amt fordern wir:

30

31 1. Sicherzustellen, dass der dritte Nationale Aktionsplan
32 für die Umsetzung der Resolution 1325 ressortübergrei-
33 fend bundesweit kohärent umgesetzt wird, indem kla-
34 re Ziele, Monitoring-Verfahren und Evaluationskriterien
35 festgelegt und ausreichend finanzielle Ressourcen be-
36 reitgestellt werden. Dies schließt die wiederholte, steti-
37 ge Ansprache dieser Ziele im Dialog mit internationalen
38 Regierungsvertretern mit ein.

39

40 2. Marginalisierten Stimmen im Sicherheitsdiskurs – in
41 erster Linie den Stimmen von Frauen – mehr politisches
42 Gewicht zu verleihen durch verstärkte finanzielle För-
43 derung und Stärkung von Teilhabe an politischer Kon-
44 fliktlösung von Frauenrechtsverteidigerinnen und Akti-
45 vistinnen in Krisen- und Konfliktländern.

46

47 3. Weitergehende wissenschaftliche Analyse der Aus-
48 wirkung neuer globaler Sicherheitsrisiken, wie Klima-
49 wandel und Digitalisierung, auf Frauen und Minderhei-
50 ten zu betreiben und die deutsche Außenpolitik auf die
51 Bekämpfung dieser Risiken auszurichten.

52

53 Weiter fordern wir die strukturelle Verankerung der
54 Prinzipien der Resolution 1325 im Auswärtigen Amt
55 durch:

56

1 1. Konsequente Verankerung einer feministischen
2 Außenpolitik in den Konzept- und Strategiepapieren
3 des Auswärtigen Amts sowie der Integration von
4 Gender als Kategorie in den Förderkonzepten und
5 -instrumenten des Auswärtigen Amts.

6
7 2. Verbindliche Genderanalysen aller Länder
8

9 3. Umsetzung einer geschlechtergerechten Perso-
10 nalpolitik und -entwicklung im Auswärtigen Amt,
11 insbesondere der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frie-
12 den und Sicherheit“ als einem Beförderungskriterium
13 für Diplomaten*innen.

14
15 **Begründung**
16

17 Der Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten so-
18 wie ihre gleichberechtigte Mitwirkung an Friedenspro-
19 zessen tragen in erheblichem Maße zur Wahrung und
20 Förderung des Weltfriedens und der internationalen Si-
21 cherheit bei. Zu diesem Schluss kam der Sicherheitsrat
22 der Vereinten Nationen in der Resolution 1325 „Frauen,
23 Frieden und Sicherheit“ bereits am 31. Oktober 2000.
24 Seitdem hat das Gremium eine Reihe von Folgereso-
25 lutionen verabschiedet und damit eine umfassende
26 Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ geschaffen.
27 Die Rolle von Frauen bei der Friedenssicherung und in
28 Konflikten ist ein zentrales Thema der deutschen Mit-
29 gliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Ziel ist es, Gleichstel-
30 lung, Teilhabe und Schutz von Frauen als zentrale Be-
31 standteile von Außen- und Sicherheitspolitik zu veran-
32 kern.

33 Um diesem Nachdruck zu geben entstand ein interna-
34 tionaler Diskurs der feministischen Außenpolitik.

35 Die feministische Außenpolitik ist die Einleitung eines
36 neuen Paradigmas in der Außenpolitik, um bestehen-
37 de Machtstrukturen zu durchbrechen und durch eine er-
38 höhte Repräsentation und Beteiligung von Frauen und
39 genderspezifischen Themen politische Prozesse neu zu
40 gestalten. Ziel ist es, ein neues Verständnis von Sicher-
41 heit jenseits eines Elitediskurses zu schaffen.

42 Länder wie Schweden und Kanada setzen bereits erfolg-
43 reich eine feministische Außenpolitik um, die britische
44 Laborpartei bekennt sich zur feministischen Außenpo-
45 litik und Frankreich, Luxemburg und Mexiko bekunden
46 Absichtserklärungen, sie umzusetzen.

47 Ziel ist es auch, den zweiten nationalen Aktionsplan der
48 Resolution 1325 der Bundesregierung, der 2017 einge-
49 führt wurde, mehr Verbindlichkeit und Bedeutung zu-
50 kommen zu lassen.

1 **A17/I/2020**

2 **ASF**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Verankerung einer Feministischen Außenpolitik in In-**
8 **halt und Struktur!**

9

10 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der
11 Bundesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass die
12 deutsche Außenpolitik das Ziel der feministischen
13 Außenpolitik und der Gleichstellung der Geschlechter
14 sowie der Schaffung von Chancengleichheit für Alle, un-
15 abhängig von Nationalität, sexueller Identität, Religi-
16 on und Weltanschauung, ethnischer Herkunft, rassisti-
17 scher Zuschreibung, Lebensalter, sozialem Status und
18 Behinderung verfolgt.

19

20 Bezüglich der inhaltlichen Akzentsetzung der Vereinten
21 Nationen-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“
22 im Auswärtigen Amt fordern wir:

23

24 1. Sicherzustellen, dass der dritte Nationale Aktionsplan
25 für die Umsetzung der Resolution 1325 ressortübergrei-
26 fend bundesweit kohärent umgesetzt wird,
27 indem klare Ziele, Monitoringverfahren und Evaluati-
28 onskriterien festgelegt und ausreichend finanzielle Res-
29ourcen bereitgestellt werden. Dies schließt
30 die wiederholte, stetige Ansprache dieser Ziele im Dia-
31 log mit internationalen Regierungsvertretern mit ein.

32

33 2. marginalisierten Stimmen im Sicherheitsdiskurs – in
34 erster Linie den Stimmen von Frauen – mehr politisches
35 Gewicht zu verleihen durch verstärkte
36 finanzielle Förderung und Stärkung von Teilhabe an po-
37 litische Konfliktlösung von Frauenrechtsverteidigerin-
38 nen und Aktivistinnen in Krisen- und
39 Konfliktländern

40

41 3. weitergehende wissenschaftliche Analyse der Aus-
42 wirkung neuer globaler Sicherheitsrisiken, wie Klima-
43 wandel und Digitalisierung, auf Frauen und
44 Minderheiten zu betreiben und die deutsche Außenpo-
45 litik auf die Bekämpfung dieser Risiken auszurichten

46

47 Weiter fordern wir die strukturelle Verankerung der
48 Prinzipien der Resolution 1325 im Auswärtigen Amt
49 durch:

50

51 1. Konsequente Verankerung einer feministischen
52 Außenpolitik in den Konzept- und Strategiepapieren
53 des Auswärtigen Amts sowie der Integration von
54 Gender als Kategorie in den Förderkonzepten und
55 -instrumenten des Auswärtiges Amts

56

57 2. verbindliche Genderanalysen aller Ländern

58

1 3. Umsetzung einer geschlechtergerechte Personalpoli-
2 tik und -entwicklung im Auswärtigen Amt, insbesonde-
3 re der Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und
4 Sicherheit“ als einem Beförderungskriterium für Diplo-
5 mat*innen

6

7 **Begründung**

8

9 Die feministische Außenpolitik ist die Einleitung eines
10 neuen Paradigmas in der Außenpolitik, um bestehende
11 Machtstrukturen zu durchbrechen und durch eine er-
12 hörte Repräsentation und Beteiligung von Frauen und
13 genderspezifischen Themen politische Prozesse neu zu
14 gestalten. Ziel ist es, ein neues Verständnis von Sicher-
15 heit jenseits eines Elitediskurs zu schaffen.

16

17 Länder wie Schweden und Kanada setzen bereits erfolg-
18 reiche eine feministische Außenpolitik um, die britische
19 Laborpartei bekennt sich zur feministischen Außenpo-
20 litik und Frankreich, Luxemburg und Mexiko bekunden
21 Absichtserklärungen, sie umzusetzen.

22 **A18/I/2020**

23 **01/16 Grünes Dreieck**

24 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26

27 **ALG II für Alleinerziehende während der Ausbildung**

28 dass Alleinerziehenden die volle Unterstützung von
29 Hartz IV (ALG II) auch dann gezahlt wird, wenn sie
30 sich in einer betrieblichen oder auch vollschulischen
31 Ausbildung befinden. Außerdem soll ein Büchergeld
32 in Höhe von 25 % des Bedarfs der auszubildenden
33 Person gezahlt werden. Die Vergütung wird während
34 der Regelausbildungszeit gezahlt und kann bei einer
35 Wiederholung des Ausbildungsjahrs bis zu zwei Jahre
36 länger gewährt werden.

37

38 **Begründung**

39 In der Vergangenheit war es Alleinerziehenden meist
40 nicht möglich, eine betriebliche oder vollschulische
41 Ausbildung zu absolvieren, da der Einkommensbedarf
42 niemals gedeckt gewesen wäre. So konnten Alleinerzie-
43 hende leicht zu Dauer-ALG II-Bezieher*innen werden.
44 Eine Unterstützung im o.g. Sinne würde es diesen
45 Menschen sehr erleichtern, wieder den Zugang zum
46 ersten Arbeitsmarkt zu finden. Langfristig könnten
47 sie sich und ihre Kinder selbst versorgen und ihrer
48 Selbstverwirklichung nachgehen.